

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Anzeigers für das Erzgebirge mit dem Anzeiger für das Erzgebirge. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Preis pro Quartal 30 Pf. — Preis pro Jahr 100 Pf. — Preis pro Jahr 100 Pf. — Preis pro Jahr 100 Pf.

Veröffentlichung des Anzeigers für das Erzgebirge mit dem Anzeiger für das Erzgebirge.

Veröffentlichung des Anzeigers für das Erzgebirge mit dem Anzeiger für das Erzgebirge.

Veröffentlichung des Anzeigers für das Erzgebirge mit dem Anzeiger für das Erzgebirge.

Nr 145

Donnerstag, den 23. Juni 1932

27. Jahrgang

Scharfe Gegensätze in Lausanne

Die Konferenz auf dem toten Punkt

Sondierung der Meinungen über die deutsch-französische Zusammenarbeit

Lausanne, 21. Juni. In der Reparationsfrage sind die unmittelbaren Verhandlungen der Delegationen untereinander heute fortgesetzt worden. Bei diesen Besprechungen wies MacDonald als Präsident der Konferenz darauf hin, daß für die endgültige Vereinfachung der Reparationsfrage das Bedürfnis nach einer abschließenden Vereinbarung der Gläubigerstaaten vorliegt und ermahnte die Pläne, die in dieser Richtung bestehen. Offiziell ist aber an die deutsche Delegation eine Mitteilung über den Inhalt solcher Pläne bisher nicht gemacht worden. Grundsätzlich muß hierzu festgestellt werden, daß der Gedanke einer Veranziehung der Eisenbahnen zu irgendwelchen Leistungen auf einem Gebiet von französischer Seite beruht, denn es kann kein bestimmtes Teilstück der deutschen Wirtschaft herausgenommen und bei einmaligen späteren Gewinnen gewissermaßen als Gradmesser für die deutsche Leistungsfähigkeit benutzt werden. Es kommt auf die Gesamtwirtschaft und nicht auf den Gewinn eines solchen einzelnen Unternehmens in der Zukunft an. Die Verhandlungen werden insbesondere mit MacDonald fortgesetzt. Bei diesen Verhandlungen haben sich zweifellos die vorhandenen Gegensätze deutlich gezeigt, was aber noch kein Anlaß zu pessimistischen Prognosen in Bezug auf das Konferenzergebnis ist.

Neben diesen spezifischen Reparationsbesprechungen sind wirtschaftspolitische einhergegangen, die der Reichswirtschaftsminister Warmbold gestern mit dem englischen und heute mit dem französischen Handelsminister führte. Diese sind dem Vernehmen nach außerordentlich anregend verlaufen und lassen durchaus günstige Erwartungen zu. Dabei handelt es sich um die Wirtschaftsfragen im allgemeinen, um die Frage der Währungs-, des Güterausstausches und der Devisenbestimmungen. Mit dem französischen Handelsminister Durand sind aber über diese allgemeinen Fragen hinaus besonders die deutsch-französische Wirtschafts Zusammenarbeit in Betracht gekommen, die auf eine deutsch-französische Zusammenarbeit Bezug haben. Es ist als Ergebnis dieser ersten Spezialbesprechung in Aussicht genommen, daß während der Dauer der Konferenz diese Erörterungen fortgesetzt werden und daß der beiderseitige Stab der Sachmitarbeiter in Verbindung gesetzt wird, um die Gedankengänge zu vertiefen. Wenn diese Vorarbeiten etwas weiter gediehen sein werden, findet eine neue Besprechung zwischen Warmbold und Durand statt.

Lausanne, 21. Juni. Auch der heutige Tag wird im wesentlichen mit Einzelbesprechungen der Delegationsführer und Sachberater ausgefüllt sein. Reichskanzler von Papen empfing heute vormittag den belgischen Minister Franqui, weiter dürfte der Reichskanzler eine Besprechung mit Grandi haben. Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold suchte heute vormittag den französischen Handelsminister Durand auf, bei dem auch Vertreter der österreichischen Delegation vorsprachen.

Der Reparationsplan Frankreichs

Paris, 21. Juni. Die Hobas aus Lausanne berichtet, beschäftigt die französische Delegation, am Mittwochnachmittag ein Memorandum vorzulegen, das den französischen Plan zur Lösung der Reparationsfrage umfaßt. Der Plan stellt Hobas zufolge zwei verschiedene Phasen vor. Zuerst, und zwar vielleicht während eines oder zweier Jahre, würde Deutschland keine Barzahlung zu leisten haben. Es könnte jedoch die Sachlieferungsverträge weiter abwickeln, um den Stillstand öffentlicher Arbeiten wie auch die Verschlimmerung der Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Auf diese Weise würde das von England geforderte Experiment der Annullierung versucht, und gleichzeitig würden die Folgen der Einstellung der Zahlungstransferierungen auf die Wirtschaftskräfte nachgeprüft werden. Während dieses kurzen Zeitraumes würden die Vereinigten Staaten natürlich außer Acht gelassen werden, entsprechende Opfer gegenüber ihren europäischen Schuldnern zu bewilligen. Nach dieser Tatsache der Rückkehr zum normalen Wirtschaftsleben würde Frankreich nicht die strenge Durchführung des Youngplans verlangen. Der französische Vorschlag schließt zwar die Lösung der geleisteten Unterzahlungen in sich, aber es werde sich auch der tatsächlichen Wirtschaftslage Deutschlands und

Europas anpassen. Nichtsdestoweniger werde Deutschland alsbald in der Lage sein, gewisse Barzahlungen zu leisten. Es werde sich darum handeln, deren Höhe zu bestimmen und deren Modalitäten festzulegen, und zwar entweder Beteiligung an den Industrien oder an den Eisenbahnen. Die auf diese Weise eingehenden Summen würden zu zwei Dritteln an die Vereinigten Staaten zwecks Bezahlung der Kriegsschulden abgeführt, während der Rest unter die europäischen Reparationsgläubiger nach dem Verteilungsschlüssel von Spa verteilt werden würde. Dieses System würde den Vorteil haben, die endgültige Annullierung der deutschen Reparationen zu vermeiden, denn ein solches Beispiel würde ansteckend wirken und manche anderen Schuldnerstaaten veranlassen, ihrerseits ihre Verpflichtungen zu verweigern und so eine Verschlimmerung der Wirtschaftskrise herbeizuführen anstatt der erstrebten Besserung.

Kriegsschuldenfreierung und Abrüstung

Eine amerikanische Erklärung

Lausanne, 21. Juni. Ein gewisses Aufsehen erregte eine gestern in den späten Abendstunden stattgefundene Zusammenkunft zwischen Herriot und dem amerikanischen Delegierten in Genf, Gibson. Sie fand in Morges unweit Lausanne statt. Dabei hat, gutem Vernehmen nach, Gibson Herriot erklärt, wenn Frankreich die amerikanischen Wünsche in Bezug auf die quantitative Abrüstung nicht erfülle, so könne es nicht erwarten, daß Amerika die Kriegsschulden freie; denn die Last dieser Schulden betrage nur einen Bruchteil der Rüstungsausgaben. Diese Erklärung ist insofern besonders bemerkenswert, als sie zum ersten Male aus einem berufenen amerikanischen Munde in diesem Zusammenhang eine Bezugnahme auf die Notwendigkeit oder Möglichkeit einer Kriegsschuldenfreierung enthält. Es verlautet heute morgen, daß unter Umständen Herriot im Zusammenhang mit diesen geb-

rigen Unterhaltungen vorübergehend nach Genf fahren wird.

Französischer Widerstand gegen den amerikanischen Abrüstungsvorschlag

Genf, 21. Juni. Die Besprechungen zwischen der amerikanischen, englischen und französischen Delegation sind heute fortgesetzt worden. — Ueber den Inhalt der Besprechungen wird von den Beteiligten nach wie vor nichts gesagt. Es verlautet, daß man sich bisher u. a. mit dem amerikanischen Vorschlag der Herabsetzung der Effektivbestände bei den Land-, Flotten- und Luftstreitkräften, über das Verbot des chemischen und bakteriologischen Krieges, über die Internationalisierung der Zivilluftfahrt und über die englischen Vorschläge auf dem Gebiete der schweren Angriffswaffen unterhalten habe. Es bestätigt sich erneut, daß die Amerikaner mit ihrem Vorschlag auf ziemlich harten Widerstand bei der französischen Delegation stoßen. Andererseits weiß man, daß die Amerikaner sich mit dem Gedanken der Internationalisierung der Zivilluftfahrt keinesfalls befreunden können. — Die Besprechungen scheinen auch heute keineswegs vorwärtsgelassen zu sein.

Eine englisch-französische Abrüstungsformel

Lausanne, 21. Juni. Von englischer Seite wird festgestellt, daß die Besprechungen zwischen Herriot und MacDonald weitergehen, und zwar angelehnt der Schwierigkeiten mit gutem Fortschritt. Es scheint, daß man sich, wenn auch mit großer Mühe, allmählich einer Formel nähert. In diese Formel sollen, wie verlautet, die Fragen der Luftfahrt, der budgetären Beschränkung, der Herabsetzung und der chemischen und bakteriologischen Rüstung einbezogen werden. Ferner hört man, daß Amerika sich augenblicklich nicht an europäischen Finanzfragen interessiert, aber ein sehr reges Interesse an den Abrüstungsproblemen zeigt. Die Gespräche werden in Lausanne und in Genf in diesem Sinne weiter fortgesetzt. — Reichskanzler von Papen stattete heute nachmittag dem belgischen Premierminister Renkin einen Besuch ab.

Die deutsche Tributdenkschrift

Berlin, 22. Juni. Wie der Lausanner Sonderberichterstatter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ berichtet, ist die von MacDonald erbetene Aufzeichnung über Deutschlands Ablehnung des französischen Tributprogramms gestern abend durch den Reichsaußenminister überbracht worden. Die Antwort ist in Form eines Briefes des Reichskanzlers an den Präsidenten der Konferenz geliefert, also nicht an den Führer der englischen Abordnung gerichtet.

Dem Blatt zufolge enthält die Denkschrift sieben Hauptargumente zur Begründung der deutschen Forderung nach sofortiger und völliger Tributfreierung und zur Ablehnung der französischen Idee eines Restributes, die kurz zusammengefaßt lauten:

1. die gewaltige deutsche Arbeitslosigkeit,
2. die Senkung der öffentlichen Ausgaben in Deutschland, von denen etwa ein Drittel auf soziale Lasten entfallen, ist brutal durchgeföhrt worden, „zum Teil bis auf Lebensföhre“,
3. auch die ausländischen Sachverständigen haben die Tatsache der unnatürlichen Ueberdrehung der deutschen Steuerföhre anerkannt,
4. zu hoher Zinsfuß und Ausföhre der Kapitalreserven,
5. die deutsche private Auslandverschuldung, die zum großen Teil auf die Tribute zurückgeht,
6. Die Reichsbahn-Gesellschaft besitzt gleichfalls keine Reserven mehr. Die Einnahmen sind gegenüber 1929 um mindestens 30 Prozent zurückgegangen. Ebenso unmöglich wie die Ausgabe von Eisenbahnmobilien ist die Hergabe von Aktien der Reichsbahn.
7. Die Lebensfähigkeit der deutschen Wirtschaft würde durch Restribute weiter auf Jahre hinaus schwer geschädigt werden.

Zu diesen Argumenten ist noch die durchschlagende Begründung hinzuzufügen, daß die vernichtende Wirkung der Tribut- und Schuldentragungen für das gesamte Welt- und Kreditwesen der Welt durch die gegenwärtige Krise einwandfrei bewiesen wird.

Vor der neuen Ländertkonferenz

Unzutreffende Gerüchte über Verhängung des Belagerungszustandes

Berlin, 21. Juni. In politischen Kreisen sieht man mit großem Interesse der Konferenz des Reichsinnenministers mit den Vertretern der Länder entgegen. Man rechnet mit einer eingehenden Aussprache über die innenpolitischen Spannungen, die in dem Verhältnis zwischen Reich und Ländern wegen der Durchführung der Notverordnung über das Uniformtragen eingetreten sind. Die Situation hat sich zudem durch die kommunikativen Ausschreitungen verschärft, die auch heute wieder namentlich aus Rheinland und Westfalen gemeldet worden sind. Der Reichsinnenminister wird den Vertretern der Länder in der morgigen Besprechung zunächst auseinandersetzen, daß es für das Reich einfach untragbar ist, wenn in dem Augenblick, in dem der Reichspräsident eine Notverordnung erläßt, von

den Ländern gegenteilige Bestimmungen getroffen werden. Als besonders fraglich sieht man in Berlin das Vorgehen Badens an, wo nicht einmal Ereignisse wie in München einen konkreten Anlaß zu dem Uniformverbot gegeben haben. Was dann weiter geschieht, hängt von der Stellungnahme der Länder ab. In einem Teil der Berliner Abendpresse wird bereits von der Möglichkeit gesprochen, daß der Reichspräsident eine neue Notverordnung erläßt, durch die die Ermächtigung zu Uniformverboten der Reichsregierung vorbehalten wird. Man spricht auch bereits von Erwägungen über die Verhängung des Belagerungszustandes. Gerüchte dieser Art sind nach guten Informationen aber unzutreffend. Ob es dagegen zu der erwähnten neuen Notverordnung kommt, die möglicherweise den Ländern zeitlich